

Protokoll der BürgerInneninformationsversammlung

„Interesse und Absichten des 14. Bezirks und der Stadt Wien an einer Nachnutzung des Areals Otto-Wagner-Spital aufgrund dem Vorliegen des Berichtes der eingesetzten Architekten-Kommission“

Ort: Festsaal des Goethe-Gymnasiums, Astgasse 13, 1140 Wien

Datum: Di, 11.02.2014, 18.30 Uhr

Podium:

- Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner
- Gemeinderat Mag. Jürgen Czernohorszky (SPÖ)
- Gemeinderätin Dr.in Jennifer Kickert (Grüne)
- DI Eckart Herrmann (MA 21)
- Arch. Prof. Maria Auböck (ExpertInnengremium)
- DI Werner Bartlmä (WSE Wiener Standortentwicklungs GmbH)
- DI Andreas Käfer (Traffix Verkehrsplanung, ExpertInnengremium)
- Margit Ernst (Krankenanstaltenverbund)
- BRin Emine Schöbinger (Vorsitzende Bauausschuss der Bezirksvertretung)

Moderation: DI Hans Emrich, MSc

Ablauf:

- Begrüßung und Eröffnung durch Bezirksvorsteherin Kalchbrenner
- Einführung in die Veranstaltung und Vorstellung des Podiums
- Präsentation des Planungsstandes durch die MA21
- Statements der antragstellenden Parteien
 - BR MBA Franz Erhard Lerch / ÖVP
 - BR Mag. Bernhard Loibl / FPÖ
- Statements / Fragen der Bürgerinitiativen
 - Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“
 - Ing. Wolfgang Veit / Bürgerinitiative „Steinhof gestalten“
- Statement von Dr. Leth / Ärztin im Otto-Wagner-Spital
- Statements / Fragen der BürgerInnen
- Schlussrunde
- Schlussworte und Dank von Bezirksvorsteherin Kalchbrenner

Statements der antragsstellenden Parteien:

BR MBA Franz Erhard Lerch / ÖVP: Wir haben die Bürgerversammlung beantragt. Da wir niemanden ausschließen wollten, konnten wir uns das Treffen auch im Rathaus oder in der Stadthalle vorstellen, aber die anderen Fraktionen wollten die Bürgerversammlung in der Astgasse beibehalten. Die Abhaltung der Bürgerversammlung wurde von allen Parteien unterstützt, daher findet diese jetzt statt. Vor Jahren (seit 2006) haben wir Unterschriften gesammelt – gemeinsam mit den Grünen und engagierten Bürgern. Kürzlich haben wir einen Antrag gestellt, um die Bürger zu unterstützen. Wir hoffen, dass auch die Grünen hier mitmachen, um im Bezirk eine geeignete Bürgerbeteiligung zu starten.

Der Antrag auf Weltkulturerbe wurde mehrmals abgelehnt. Unsere Partei will in Steinhof überhaupt keinen Wohnbau, sondern erst die Klärung der Nachnutzung gemeinsam mit den Bürgern. Wir werden ein Bürgerbeteiligungsverfahren auf Bezirksebene entwickeln und hoffen auf die Unterstützung der Stadträtin. Wir wollen keine Salamitaktik, sondern dass die Gesamtanlage in der Form erhalten bleibt. Auch bei der letzten Bürgerversammlung wurde die Frage gestellt, wem die GESIBA gehört – zu 99,7% der Stadt Wien. Es soll ein Gesamtkonzept vorliegen VOR der Bebauung. Wir wollen eine echte Bürgerbeteiligung und gemeinsam mit den Bürgern Nutzungskonzepte entwickeln und nachher darüber reden, was wir brauchen.

BR Mag. Bernhard Loibl / FPÖ: Die Ausführungen der MA21 haben meine Bedenken nicht zerstreut, sondern eher vergrößert. Es läuft auf eine Zerstörung des Ensembles mit mind. 260 Wohneinheiten hinaus. Steinhof ist ein städtebauliches Juwel, das um jeden Preis erhalten bleiben muss. Das Otto-Wagner-Spital ist eine der bedeutendsten Architekturbauten – DAS Jugendstilensemble schlecht hin – und darf nicht wegen rücksichtloser Gewinnverwertung verloren gehen. Im Testplanungsverfahren war die Erschließung der einzelnen Bauplätze Thema – es geht also nicht um die 160 Wohneinheiten, sondern in Summe um 600 Wohneinheiten. Uns geht es um den Schutz des Jugendstilensembles, des Weltkulturerbes und des Anrainerschutzes. Das Otto-Wagner-Spital liegt an der Bezirksgrenze zwischen Penzing und Ottakring. Gottseidank reduziert sich die Bürgerversammlung nicht auf Penzing, denn die Leittragenden sind nicht die Penzinger, sondern die Anrainer der Reizenpfenninggasse, deren Umgebung in eine Verkehrshölle umgewandelt werden soll. Ohne ein vernünftiges Verkehrskonzept würde das 2.000-3.000 zusätzliche Fahrten bedeuten. Diese Anliegen sind schützenswert – auch die Anliegen der Ottakringer Nachbarn liegen uns am Herzen. Wer hier am Podium fehlt ist Bezirksvorsteher Franz Prokop. Es ist feig und ängstlich, hier bei der Bürgerversammlung nicht Rede und Antwort zu stehen. Vielleicht sind ihm die Bürger gleichgültig. Begrüßt wird unter den Anwesenden aber Bezirksvorsteher-Stellvertreter Christian Hein (FPÖ) aus Ottakring, der sich ebenfalls für den Erhalt des Otto-Wagner-Spitals einsetzt. Die Arbeit der Bürgerinitiative war ungemein wertvoll – ohne deren beharrliches Eintreten für den Erhalt des Otto-Wagner-Spitals wäre die heutige Versammlung mit dieser Besucherzahl nicht möglich gewesen. Die Bürgerinitiative und die engagierten Bürger erhalten weiterhin unsere volle Unterstützung. Da es eine Bürgerversammlung ist, sollen nun die Bürger zu Wort kommen.

Statements der BürgerInneninitiativen:

Ing. Gerhard Hadinger / BürgerInneninitiative „Steinhof erhalten“: Danke fürs das zahlreiche Erscheinen. Nun ein paar Statements zum Vortrag: Es gab keinen Konsens zur Neubebauung – die Bürgerinitiative war immer gegen eine Neubebauung. Die Frage bzgl. der Bebauung wurde an Architekten weitergegeben. Zu dem Zeitpunkt als die SPÖ propagierte „die SPÖ schützt kommunale Betriebe vor Privatisierung“ wurde das Grundstück verkauft und ohne Gemeinderatsbeschluss privatisiert.

Lt. Testplanungsverfahren soll im „kammförmigen Gebilde“ im Norden des Ostareals auch Wohnbebauung sein. Hier besteht Grünland und Parkschutzgebiet. Was soll dort gebaut werden und was steht dahinter?

Lt. der Flächenwidmungspläne haben alle Pavillons Baufluchtlinien. 2006 wurden diese bei den Pavillons im Osten entfernt. Die damalige Rückmeldung der Architekten war, dass man die Gebäude abreißen kann. Das Schwesternheim wurde bereits abgerissen. Jetzt besteht noch ein Übergangshaus des Samariterbundes für Obdachlose, das ebenso noch abgesiedelt wird.

Bei der letzten Versammlung habe ich meine Fragestellungen und Statements vorgelesen und habe keine Antwort bekommen von Gemeinderätin Kickert und Gemeinderätin Rubik. Heute ist als Vertretung Herr Gemeinderat Czernohorszky hier – zuständig für Bildungspolitik, Betreuung von Kindergärten, Umweltpolitik, Abfallvermeidung. Ich nehme an, sie beantworten heute meine Fragen. Wer hat diese Gründe privatisiert, auf denen die VAMED derzeit steht?

Ich habe einen Artikel gelesen, wonach sich Kulturstadtrat Mailath-Pokorny für den Erhalt des Otto-Wagner-Spitals stark macht. Hier fand er es aber nicht der Mühe wert, ein Statement abzugeben, sondern hat sich an die Aussage von Planungsstadträtin Vassilakou angelehnt. Von einem Kulturstadtrat hätte ich etwas anderes erwartet.

Am 15.12.2006 ist im Beschlussantrag der SPÖ im 1. Absatz folgendes genannt: Im Sinne einer Gesamtnutzung sollen die BürgerInnen in die Neuplanung der Freiflächen einbezogen werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Meine Frage an Gemeinderätin Kickert: Wo wurden Bürger in Planung einbezogen? Zum Thema Bürgerbeteiligung passt der Slogan „Wien hat 1,7 Mio. Gehirne – nutzen wir sie“. Meine Frage an Gemeinderätin Kickert: Nutzen Sie diese 1,7 Mio. Gehirne?

Ich möchte den Bürgern nicht die Zeit nicht wegnehmen – alles Wissenswerte ist auf der Homepage www.steinhof-erhalten.at zu finden.

Gestern haben wir eine neue Petition gestartet. Die erste Petition bzgl. UNESCO-Welterbe wurde trotz 7.000 Unterschriften ohne fachlichen Kommentar abgeschmettert. Daher gibt es jetzt eine neue Petition, wonach es keine Neubebauung in diesem Areal geben soll. Wir haben auch die Unterschriftenliste mit, die hier unterschrieben oder mitgenommen werden können. Auch eine Online-Abstimmung ist möglich.

Ing. Wolfgang Veit / Bürgerinitiative „Steinhof gestalten“: Seit 3 Jahren arbeiten wir daran, das Otto-Wagner-Spital unzerstört zu erhalten. Teils in Konfrontation, teils in konstruktiven Gesprächen haben wir einiges erreicht. Es wurden Mediationsgespräche geführt und eine Expertengruppe eingesetzt, die im Wesentlichen unsere Forderungen bestätigt. Z.B.: Die Frage bezüglich der Bebauung im Osten ist nicht sinnvoll, da man den Osten nicht getrennt vom Gesamtareal sehen darf. Das Areal muss im öffentlichen Eigentum bleiben und ein gemeinsames Management haben, um das gemeinsame, große Erscheinungsbild zu erhalten. Die derzeitige Expertenmeinung ist auch, dass diese Ergebnisse nun rechtlich verbindlich gemacht werden müssen, indem der Flächenwidmungsplan so überarbeitet wird, dass im gesamten Bereich nichts „hineingebaut“ werden darf.

Ehemalige Stadtplaner haben schon geschrieben, dass die Bürgerbeteiligung bei der Änderung des Flächenwidmungsplanes viel zu spät einsetzt. Die Bürgerbeteiligung sollte bereits starten, wenn der Beschluss besteht, einen Flächenwidmungsplan zu erstellen. Eine der Stehsätze der Planungsstadträtin ist, dass die Bürgerbeteiligung möglichst früh einsetzen soll. Wir verlangen, sofort einbezogen zu werden. Nach 3 Jahren intensiver Beschäftigung mit diesem Gebiet haben wir wirklich etwas beizutragen und wollen rechtzeitig einbezogen werden.

Die Expertengruppe hat zu Bebauungsmöglichkeit im Osten nichts gesagt, sondern an das Architekten-team weitergeleitet, das jetzt einige Baufelder eruiert hat, in die man unter Umständen etwas bauen könnte. Die ökologische Verträglichkeit wurde nicht geprüft, obwohl es zum Auftrag gehört hätte.

Johanna Kraft / Bürgerinitiative „Steinhof gestalten“: Die Kunsthistorikerin Sabine Plakolm-Forsthuber war bereit, an der Expertengruppe teilzunehmen. Man muss insbesondere von der Pathologie großen Respektabstand einhalten, da es sich um wichtige historische Bauten handelt, an die man nicht direkt bauen darf. Planungen der Architekten zeigen, dass zwei Gebäude zwischen der Pathologie und dem VAMED-Gebäude geplant sind. Ich hatte die Gelegenheit als Vertretung von Christine Muchsel bei den sehr interessanten Architektengesprächen im Juli dabei zu sein. Es wurde ein Arbeitsmodell auf Kosten der GESIBA angefertigt und Pläne von den Architekten entwickelt. Dazu einige Anmerkungen und Fragen:

1. Als Ergebnis der Testplanung ist ganz oben im Norden in Hanglage ein „kammförmigen Gebilde“ eingezeichnet, das vorhin schon angesprochen wurde. Wenn dort ein 4-stöckiges Wohnhaus gebaut wird, dann überragt das alles, was es in dem Gebiet gibt. Zwischen Pathologie und VAMED sind 2 Wohntürme eingeplant. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Prof. Plakolm-Forsthuber dem zustimmen würde. Auch drei der 6 Architektengruppen haben sich für eine Freihaltung des Areals ausgesprochen.
2. Wie schon von Hrn. Hadinger angesprochen: Was ist dieses kammartige Gebäude, das nicht mehr auf dem vom Vorkaufsrecht der GESIBA umfassten Areal liegt? Wer bebaut dieses?

Ich habe die Fragen an Sie auch schriftlich formuliert und ersuche um Rückmeldung - heute oder schriftlich zu einem späteren Zeitpunkt.

Christine Muchsel / Bürgerinitiative „Steinhof gestalten“: Wir sind uns einig, dass es eine absurde Idee ist, in einem denkmalgeschützten Jugendstilareal eine Wohnbebauung umzusetzen, in einem verkehrsberuhigten Bereich am Randes des Wienerwaldes, wo genau der Ostbereich seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig für Therapiezwecke verwendet wird – mit wichtigen Einrichtungen, die als notwendig und erhaltenswert und als verstärkt einzusetzen eingestuft werden. Die Stadt Wien beruft sich bzgl. der Wohnbaupläne auf Aussagen des Expertengremiums und auf Ergebnisse des Testplanungsverfahrens. Es gibt konkrete Aussagen, aber die Realität sieht anders aus. Ich habe dazu 5 Fragen an die Stadt Wien mit Bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung:

1. Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass die Aufgabenbeschreibung für das Testplanungsverfahren lautete „Nutzungsreserven“, d.h. eventuelle Baulandreserven zu eruiieren?
2. Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass Nutzungs- bzw. Baulandreserven per Definition nicht dafür geeignet sind, im Vorfeld durch den Bau von Privatwohnungen aufgebraucht zu werden?
3. Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass die angestrebte langfristig entwicklungsfähige Nachnutzung des Gesamtareals eben diese Baulandreserven benötigt?
4. Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass im Rahmen des - Testplanungsverfahrens durch die Architektenschaft ausschließlich nutzungsflexible Gebäudeformen geplant wurden? Sowohl Punkt 1. Der Empfehlungen des Expertengremiums wie auch die Aufgabenbeschreibung zum Testplanungsverfahren weisen explizit darauf hin, dass neu zu errichtende Gebäude in funktionalem Zusammenhang mit dem Gesamtareal gesehen werden müssen.
5. Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass daher zu allererst ein Gesamtnutzungskonzept mit Raumzuteilungen erfolgen muss, um diesen Anforderungen und der dahinter stehenden Logik gerecht zu werden?

Dr. Leth / Ärztin im Otto-Wagner-Spital: Ich bin heute als Bürgerin der Stadt, nicht als Mitarbeiterin des Krankenanstaltenverbundes hier. Ich habe über 30 Jahre Erfahrung als Psychiaterin in der Stadt und über die Umstände, wie sich psychische Erkrankungen entwickeln. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der psychosomatischen Erkrankungen werden. Unter 10 Erkrankungen fallen 5 psychische Krankheitsfälle wie Depression, Demenz etc. Seit 1990 haben sich die Krankenstände dbzgl. verdoppelt. Die Frühpensionierungen sind auf fast 50% gestiegen, die Krankenhausaufnahmen steigen, viele Menschen nehmen Psychopharmaka. Es gibt 70.000 stationäre Aufnahmen, jedes 5. Kind weist psychische Auffälligkeiten auf. Und für alle Erkrankungen trifft zu, dass diese zur Chronifizierung neigen sowie beide Geschlechter und breite Teile der Bevölkerung betreffen. Dies führt zu massiven Einschränkungen und volkswirtschaftlichen Kosten.

Weltweit entstehen Kompetenzzentren, die sich auf bestimmte Bereiche konzentrieren. Dies wäre notwendig im Bereich der psychosozialen Medizin und Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Man bräuchte in Österreich und Wien ein solches Kompetenzzentrum für Psychosomatik, Familien mit psychisch erkrankten Jugendliche, Adoleszenten, Ausbildung, Wohnung, Werkstätten, Rehabilitation im Bereich Wohnen, mit viel Grünraum, Reizabschirmung, Pavillonbauweise für sinnvolle Kombination etc. Es wäre schön, wenn es so etwas in Wien gäbe. Wir Ärzte würden uns so etwas wünschen.

Statements/Fragen:

Bürgerin: Es stellen sich die Fragen: Wer zieht in die Wohnungen ein? Für wen wird eigentlich gebaut? Die Sorge, dass finanziell weniger begünstigte Menschen übergangen werden ist groß (z.B. Enkelsohn ist auch krank – wer kann sich die Therapie leisten?).

Bürgerin: Mein Kind besucht den Kindergarten in Steinhof. Dieser ist wunderschön, mitten im Grünen, mit Waldgarten, guter Luft und viel Natur. Die Kinder dort sind ganz anders, weil sie nicht „eingepfercht“ sind. Schon der Weg dorthin und zurück ist so wunderschön, dass man keine Ausflüge mehr machen müsste. Diese Bereicherung soll öffentlich bleiben. Was passiert mit diesem Kindergarten?

Bürger: Die denkmalgeschützte Mauer im Bereich der Reizenpfenninggasse war ursprünglich mit einem Eingang beim Pfortnerhäuschen und der Pathologie ausgestattet. Im Zuge des VAMED-Baus wurden später neue Durchbrüche gemacht. Im Gespräch mit der Vertreterin der VAMED wurde argumentiert, dass Steinhof früher eine geschlossene Anstalt war und man deshalb eine Mauer brauchte. Jetzt - bei der Absiedelung - brauche man auch keine Mauer mehr. Ich war erfreut zu hören, dass die Architekten im Rahmen des Entwicklungsplanungsverfahrens angeregt haben, im Bereich der Reizenpfenninggasse einen einzigen Mauerdurchbruch zu belassen und alle anderen Durchbrüche wieder zu schließen. Wie wird sichergestellt, dass diese Empfehlung der Architekten wirklich realisiert wird? Ich hoffe, dass dies im neuen Flächenwidmungsplan wieder zu finden ist, und dort eine Wiederherstellung der denkmalgeschützten Mauer verlangt wird.

DI Andreas Käfer / ExpertInnengremium: Betreffend Kindergarten: An der Stelle des Kindergartens wurde ein Haus geplant. Sollte dies dort jemals realisiert werden, so kommt der Kindergarten entweder in dieses Haus oder gleich daneben. Zuerst wird jedenfalls ein neuer Kindergarten gebaut, bevor der bestehende Kindergarten entfernt wird. Allerdings ist die derzeitige Planung noch nicht soweit.

Betreffend Mauer: Es ist gut, dieses Argument gehört zu haben. Es muss eine klare Aussage darüber geben, ob ein Denkmalschutz vorhanden ist, oder nicht. Wenn dem so ist, muss der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt und bewahrt werden. Aus Sicherheitsgründen ist aber mindestens eine Öffnung für die Feuerwehr etc. erforderlich. Es wurde darüber diskutiert, dass Steinhof früher eine ge-

schlossene Anstalt war und ob die Öffnungen heute nicht doch sinnvoll seien (für einen schnelleren Zugang zur Buslinie 51A für die PatientInnen, BesucherInnen, Personal).

DI Eckart Herrmann / MA 21: Betreffend Mauer: Diese steht unter Denkmalschutz. Seit dem letzten Widmungsverfahren gibt es zusätzliche Öffnungen am Westende. Im Zuge einer zukünftigen, anderwärtigen Nutzung sollte entsprechend der Meinung der ExpertInnen möglichst mit den bestehenden Einfahrten gearbeitet werden. Wenn es zu einer Bebauung kommen sollte, dann braucht es eine Garagenlösung unter der Erde. Jedenfalls sollte man die VAMED-Garage und die Einfahrt der VAMED-Garage nutzen, statt eine neuen Einfahrt zu schaffen.

Betreffend Entfernen/Belassen von Bauwerken: Ja, es ist richtig, dass einige Bauten entfernt werden sollen. ExpertInnen wie Fr. Plakolm-Forsthuber haben sich dafür ausgesprochen, dass spätere Zubauten, die aufgrund damaliger, gewisser Notwendigkeiten errichtet wurden und architektonisch nicht zum Gesamtensemble passen, wieder entfernt werden sollen. Dazu zählt bspw. auch der bestehende Kindergarten.

Betreffend des nördlichsten Baukörpers: Es war Aufgabe der Experten und Testplaner mögliche Bebaubarkeiten im Ostareal zu finden, aber es war nicht Aufgabe, für die GESIBA ein Bebauungskonzept oder einen Einreichplan zu erstellen. Diesen gibt es auch nicht und war nicht Gegenstand des Verfahrens. Zu klären war, wo eine Bebauung in der bestehenden Form verträglich wäre. Dazu wurden Baufelder identifiziert, und zwar für den angesprochenen Baukörper dort, wo bereits eine Bebauung (Materiallager etc.) vorhanden ist. Es wurde empfohlen, diese zu entfernen und zu ersetzen. Ein Aspekt war auch, möglichst wenig bisher unbebaute Flächen anzugreifen, sondern stattdessen möglichst dort zu bauen, wo Objekte bestehen, die nicht in das Ensemble passen oder dbzgl. keine Zweckmäßigkeit mehr besteht. Diese bebaubaren Bereiche betreffen nicht die denkmalgeschützten Objekte. – Die denkmalgeschützten Bereiche werden selbstverständlich nicht angegriffen.

Betreffend Nutzungsflexibilität der Objekte: Es war ausdrücklicher Wunsch an die Expertengruppe „nutzungsoffene Objekte“ zu planen. Es sollte nicht nur eine Nutzung angedacht werden, weil man sonst zuerst konkrete Nutzungen finden müsste und erst dann die Objektrealisierbarkeit prüfen könnte. Weiters ist ein Nutzungsmanagement für das Gesamtareal einzurichten.

Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner: Betreffend Mauer: Die Bezirkshaltung ist, dass wir nicht glücklich waren mit dem 2. Durchbruch. Der Vorschlag, diese wieder zu schließen und die denkmalgeschützte Mauer zu erhalten wird von mir äußerst positiv gesehen. Betreffend Kindergarten: Auch von meiner Seite wird gefordert, dass der Kindergarten erhalten bleibt.

Gemeinderat Mag. Jürgen Czernohorszky: Betreffend Kindergarten: Den Kindergarten kenne ich sehr gut und liebe ihn. Es ist absolut notwendig, dass dieser bleibt.

Betreffend meiner Anwesenheit als Ersatz von Kollegin Rubik: Auch für mich und für alle am Podium ist Politik ein Widerstreit von Interessen. Es ist wichtig, dass die Bezirksvorsteherung entschieden hat, dass es diese Versammlung gibt. Denn die Einbeziehung der Bürger hat vieles verändert. Das Mediationsverfahren hat große Änderungen gebracht, wie eine weniger dichte Bebauung oder die geplante Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes. Dieses Nutzungskonzept ist nun zu erarbeiten und zwar auf der Grundlage der Vorschläge des Expertengremiums. Diese 9 Punkte sollen möglichst verbindlich im Gemeinderat umgesetzt werden (Flächenwidmung, Rückabwicklung). Mir ist wichtig, dass die Kenntnisse der Mediation einfließen. An erster Stelle steht die Abwägung des gesamtgesellschaftlichen Interesses.

Auch der Erhalt der Gedenkstätte liegt mir sehr am Herzen.

Betreffend der Frage, wie es zustande gekommen ist, dass der VAMED-Grund verkauft wurde: Der Gemeinderat hat mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ den Verkauf der Flächen an die GESIBA beschlos-

sen. Die GESIBA ist zugunsten der VAMED zurückgetreten. Dies entspricht der Stadtverfassung, die Kosten sind die Gleichen. Damit damals nicht der Vorwurf entsteht, dass der Krankenanstaltenverbund bewusst die Kosten gesenkt hat, gab es diesen Gemeinderatsbeschluss.

Auch wenn dies eine schlechte Nachricht ist: Die Flächen der VAMED wurden schon bebaut – dies kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Wir haben uns dazu bekannt, dass sämtliche an die GESIBA verkauften Gebiete rückabgewickelt werden, damit diese im Besitz der Stadt Wien bleiben.

Betreffend der Wohnungen: Es gibt eine klare Kommunikation bezüglich der Wohnungen: Es gibt ein klares Bekenntnis, dass ein Teil der Wohnungen für soziale Zwecke (z.B. betreutes Wohnen, Wohnungen für Studierende) genutzt wird und keine Eigentumswohnungen entstehen.

Gemeinderätin Dr.in Jennifer Kickert: Die Ergebnisse der Mediation wurden schriftlich festgehalten (www.ows-mediation.at). Der nächste Schritt ist die Rückabwicklung des 2008 beschlossenen Kaufvertrages, damit die Flächen im Eigentum der Stadt Wien verbleiben.

Betreffend der Frage von Hrn. Haidinger: Ihre Frage wurde sehr wohl beantwortet. Diese lautete: Fr. Kickert, sind Sie der Meinung, dass Sie ihre Funktion richtig und voll wahrgenommen haben? Aus Rücksicht auf Ihre Zeit möchte ich nicht auf die Kommentare und Behauptungen eingehen. Meine Antwort ist im Protokoll nachzulesen. Ich schicke Ihnen diese gerne schriftlich zu.

Zu den zwei heute wiederholten Behauptungen:

Zur 1. Behauptung, dass die Frage der Bebauung – ja/nein – nicht vom ExpertInnengremium beantwortet wurde, möchte ich auf das Papier des Expertengremiums verweisen, das im April 2013 veröffentlicht wurde. Auf S. 6 wird die Frage beantwortet: „Das Expertengremium ist der Meinung, dass eine in kleinen Teilbereichen abschließende Bebauung am Osthang durchaus zielführend ist.“ Das ist die Meinung der Experten. Mit dieser Meinung und den Ergebnissen der Mediation arbeiten wir weiter.

Zur 2. Behauptung, dass die Petition nicht beantwortet wurde: Auch wenn man mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist, es gab eine Begründung.

Arch. Prof. Maria Auböck / ExpertInnengremium: Ich spreche aus Sicht des ExpertInnengremiums dafür, dass das „große Ganze im Ensemble“ erhalten werden soll und dafür müssen wir den Fakt akzeptieren, dass Geschichte dynamisch ist, weshalb sich seit der Errichtung viele Nutzungen geändert haben. Es braucht Platz für Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung des Geländes. Es gibt 9 Statements der Experten. Die Geschichte dieses Geländes darf nicht stehen bleiben. Wir müssen in Wien gemeinsam nachdenken, welche Nachnutzung das Gelände braucht. Wünsche an das Christkind funktionieren nicht. Lassen Sie die Experten weiterarbeiten.

Wenn wir das Gesamtgelände betrachten, so hat Otto Wagner mit der Kirche ein weitwirkendes Merkmal der Stadtlandschaft geschaffen und das Gelände von Sanatorium, Krankenhaus und Wirtschaftsgebiet im Osten klar strukturiert. So reicht beispielsweise die Achse zwischen der Kirchenkuppel und der Pathologie zum Stadtzentrum verlängert bis in das Gebiet der Hofburg. Das Lagergebäude vor dem Obstgarten im Nordosten ist neuerem Datums, dort könnte laut Testplanung die stadträumliche Komposition des Areals z.B. durch einen Kindergarten akzentuiert werden.

Bürger einer Bürgerinitiative: Die Menschen wollen keine Wohnverbauung. Wir sind das Volk. Die ExpertInnen haben das durchzuführen, was die Menschen wollen – dafür gibt es über 80.000 Unterschriften. Wir fordern eine politische und gesetzliche Absicherung. Wir fordern die Nutzung für soziale Zwecke, eine Erklärung des Areals als Weltkulturerbe, den Erhalt des Erholungsgebietes, keine Ansie-

delung großer Verkehrserreger und eine partizipative Erstellung eines Nutzungskonzeptes. Das sind unsere Forderungen und Ansprüche an die Politik. Die Experten und Politiker haben das umzusetzen.

Bürger: Es besteht der Verdacht, dass vorschnell eine Bebauung vorgenommen wird – mit irreparablen Schäden.

Bürger: Es gibt Löcher in der Mauer. Wenn die Mauer unter Denkmalschutz steht, warum wird dann nicht sorgfältig mit der Substanz umgegangen? Wer garantiert, dass die Mauer wieder instandgesetzt wird? Das wertvolle Baumaterial darf nicht auf die Deponie geführt werden und verloren gehen. Es soll keine Betonmauer nach modernem Verfahren erstellt werden, sondern ein historisches Zementrezept verwendet werden.

Wenn Fr. Auböck meint, wir sollen mit der Geschichte leben, würde ich bitten, die jüngere Wiener Medizingeschichte zu prüfen, als Steinhof noch weltberühmt war. Das Areal sollte der medizinischen Schule eine gute Zukunft ermöglichen, statt Neurotikern einen Spielball zu geben, alles umzunutzen. Der Bereich soll in seiner Bestimmung weiterentwickelt werden.

Bürger, 16. Bezirk: Wenn es keine richtige Zufahrt gibt, dann müssen wir unsere Autos verkaufen, weil wir dann im 14. Bezirk parken und 36 Euro Strafe zahlen müssen. Die Frage ist, wer hat das Areal mit welchem Recht verkauft? Steinhof ist ein weltweit einzigartiges Kulturgut, das erhalten bleiben soll. Kontrollen durch das eigene Kontrollamt der Stadt Wien lehnen wir ab.

Der Wienerwald bringt hinsichtlich der Luftqualität einen Ausgleich zum Flötzersteig. Wir brauchen jeden Baum und jeden Strauch. Eine Verbauung verkürzt unser Lebensalter.

Zuerst wird mit dem Ostteil angefangen. Man spricht von „nur, nur, nur“. Aber ich sage: Wehret den Anfängen!

Wir wollen Natur und Kultur erhalten. Wir brauchen aufrichtige Demokraten mit natürlichem Menschenverstand. Wir haben 80.000 Unterschriften und mindestens doppelt so viele Sympathisanten, die nicht unterschrieben haben. Das sollte man sich für die Gemeinderats-Wahl merken.

Ich habe mitgearbeitet am Donauinsel-Projekt, bei dem es um Hochwasserschutz und das größte öffentliche Gut – reines Wasser – ging. Der damalige Bürgermeister Leopold Gratz stand hinter uns und es wurde nicht verbaut. Das hoffe ich auch für Steinhof.

Bürgerin: Ich war in Hainburg und habe die Grünen mitbegründet. Ich verstehe es bis heute nicht, dass die Grünen ihre Politik so maßlos geändert haben. Es geht um Ökologie und Zoologie – die Rehe und Dachse werden früher oder später Steinhof verlassen. Wenn wir seinerzeit so „rumlaviert“ hätten, dann hätten wir heute Hainburg verbaut. Bei der Bürgerversammlung fehlt Umweltstadträtin Sima. Es geht um den Wienerwald – der ist zu kostbar! Ich bin tief enttäuscht, wenn weiterhin so agiert wird und frage mich, was im Rathaus mit den Grünen passiert ist.

Bürger: Ich gehe häufig in Steinhof spazieren und Radfahren und möchte Bezug auf die Aussage zu Beginn nehmen. Es gibt einen Konsens, dass der Bestand außer Streit steht und die optische Durchlässigkeit erhalten bleiben soll. Dann darf allerdings nichts Neues gebaut werden. Wenn die Rede davon ist, dass sich Architektur immer wieder ändert: Passen die neuen Häuser dann besser als die alten Häuser, die nicht zum ursprünglich Bestand passen? Ich denke, die alten Häuser passen besser als die moderne Architektur, die ich kenne.

Bürger, 16. Bezirk: Beim Foto vom Bürgermeister fällt mir Karl May ein, der von „gespaltener Zunge“ sprach: Gemeindegrund (Spitalsgründe, Schrebergärten) wird „verscherbelt“. Wie steht es mit dem ökologischen Gutachten?

Prof. Lötsch, Ökologe: Wie ist es möglich, dass sich die nachweislich intelligente Planungsstadträtin hinter dem Experten-Schwachsinn versteckt? Hier ein Auszug aus dem Expertengutachten: „Es entwickelt sich die Idee von zentripetalen, in einer gewissen allegorischen Affinität zur Natur stehenden Gebäudeformen, die scheinbar frei, also nur bedingt gerichtet im jeweiligen Bebauungsfeld gesetzt sind. Diese Setzung sollte durch das Durchfließen eines offenen Naturraumes unbedingt berücksichtigt werden und eine Formenlandschaft generieren, die Zusammenhalt und Auflösung in der Schwebelage hält. Die Artefakte der Bebauung gehen in der Kunstnatur des offenen Freiraumes auf. Diese Festlegungen gelten vor allem für die beiden südöstlichen Baufelder, die aufgrund des bestehenden Pathologiegebäudes einer besonderen Einfühlungsarbeit an diesem Ort bedarf. Die städtebaulichen Anforderungen an diesen beiden Baufeldern sind gleichzeitig „Rahmung“. Das bestehende Lagergebäude stellt in der derzeitigen Form eine beachtliche Unternutzung dieses potenziellen Bauplatzes dar. Wer so spricht, hat nicht zu sagen oder etwas zu verbergen. Wer glaubt, diesen Satz zu verstehen, hat seinen Sinn nicht erkannt. – Man soll ihn nicht verstehen. Das erinnert an die Kurzepisode, als Kaiser Josef II gefragt wurde, was seine Majestät zur republikanischen Staatsform sagt? – Eine feine Sache, aber mein Beruf bringt mit sich, dass ich Monarchist bin.“

Es gibt zwei Bürgerinitiativen, die in 30-jährigem Abstand eine Nichtverbauung in Steinhof verlangt haben. Und dann setzt man Architekten ein, die das sagen, was ihr Beruf mit sich bringt.

Es geht um eine Grundsatzfrage. Man hat gemeinsam vor der Baugrube geschwiegen, da das Rehab-Zentrum als unbedingt medizinisch notwendig erklärt wurde. Die radikale Absiedelung hielten wir nicht für möglich. Wir wussten nicht, dass dies ein architektonischer Supergau werden würde. Jetzt frage ich, wieso die Absiedelung medizinischer Nutzungen in allen Papieren als vollendete Tatsache festgeschrieben wird. Warum braucht es dann einen Mega-Bau für die Orthopädie?

Die Grünen sind in dieser Frage wirklich zu bedauern. Sie wollten endlich aus der Oppositionsrolle heraus und stießen auf kommunale Gier, die sie nicht selbst mitverschuldet haben. Jetzt versuchen sie zu retten, was zu retten ist. Immerhin gibt es eine Außer-Streitstellung der Bebauung. Im 2. Schritt wurde festgestellt, wo man noch bauen könnte. Aber jetzt müsste Vassilakou sagen, es braucht zuerst das Ergebnis einer Betriebsgesellschaft, die alle Möglichkeiten in Gänge gesetzt hat, um eine medizinische Nutzung zu erreichen - Verhandlungen mit Privatkliniken, Kliniken im Rehab-Bereich etc. Es braucht keine langen Korridore in Großspitälern – für die Gesundheit dieser sensiblen Bevölkerungsgruppe braucht es ein Gebiet, in dem auch Gesunde hingehen, um sich zu erholen.

Bürgern, 15. Bezirk: Als Musikerin kann ich sagen, dass uns das Jugendstiltheater sehr abgeht. Es wäre schön, dorthin zurückkommen zu können.

Bürgerin: Wie ist die öffentliche Anbindung, wenn 160 Wohneinheiten gebaut werden?

Bürger: Ich habe verstanden, dass die Wohnungen nicht gebaut werden, sondern erst ein Nachnutzungskonzept gemacht wird und geklärt wird, ob man diese Wohnungen überhaupt braucht. Man wird misstrauisch. Es braucht ein politisches Statement, über die weitere Vorgangsweise bzw. wie die Ergebnisse der Expertenkommission festgemacht werden.

Bürger, 16. Bezirk: Ich schäme mich für unseren Bezirksvorsteher aus dem 16. Bezirk. Was geschieht mit den Pavillons? Verfallen diese? Warum wird nichts gemacht?

Bürger: Vor ca. 30 Jahren habe ich das Ensemble das 1. Mal gesehen und jedes Mal, wenn ich es wieder sehe, plädiere ich dafür, dass es als Weltkulturerbe so erhalten bleibt, wie es ist.

Bürger: Ich habe eine 40-jährige Parteimitgliedschaft und möchte die Wiener Stadtregierung mit Unterstützung der Initiative davor bewahren einen weiteren gravierenden Fehler zu machen. Da kommt ein Generationenkonflikt dazu - Ihr habt gesehen, was auf uns zukommt. Diese Sorglosigkeit kann auch

bei Geldmangel nicht sein. Die Bezirksvorsteherin ist mutiger als ihr Kollege aus dem 16. Bezirk. Mit Angst zu führen, war noch nie dauerhaft erfolgreich.

Abgeordneter z. NR Mag. Gerstl: Ich habe das Gelände immer und gern besucht und bin seit vielen Jahren politisch tätig. Ich habe mich 2006 dafür eingesetzt, dass der Flächenwidmungsplan abgeändert wird, sodass nicht bis 10m vor der Kirche ein Wohnungsbau möglich ist. Ich bin froh, dass wir einen anderen Flächenwidmungsplan bekommen haben.

Ich dachte 2008, dass man das Geld für neue Krankenanstalten im Norden Wiens benötigt und deshalb ein Teilbereich verkauft werden muss. Ich habe mich „einlullen“ lassen und bin enttäuscht, dass das passiert ist. Heute bin ich klüger geworden. Einige Zeit danach hieß es, dass in die Orthopädie investiert wird, dann das Rehab-Zentrum gebaut und dann das Spital entfernt wird.

Es sind auch andere Nutzungszwecke als Wohnungen in Überlegung - dann muss man sich erneut überlegen, ob man die Mauer noch braucht.

Es braucht eine Erklärung des Otto-Wagner-Spitals zum Weltkulturerbe.

Stoppen wir die weiteren Verhandlungen, fangen wir mit neuen Verhandlungen an und erinnern wir uns daran, dass das Recht vom Volk ausgeht.

Bürger: Warum ist es so wichtig, dass dort gebaut wird? Es gibt genug Häuser, die verfallen. Es gibt nur Gesetze für Vermieter, aber nicht für die Mieter. Es geht wieder nur um die Reichen.

Schlussrunde:

Margit Ernst / Krankenanstaltenverbund: Das Orthopädische Zentrum des Otto Wagner Spitals hat wirklich Weltrang und wird in das Krankenhaus Hietzing übersiedeln und dort gemeinsam mit einem Traumazentrum arbeiten. Damit ist der Weg ins Rehab-Zentrum zwar nicht mehr ganz so kurz – aber die Distanzen in Wien sind überschaubar. Wir müssen in der Planung 20 bis 40 Jahre vorausschauen. Die Medizin entwickelt sich weiter.

Arch. Prof. Maria Auböck / ExpertInnengremium: Unter meinen Verwandten gab es Vertreter der Wiener medizinischen Schule, die die Errichtung des Rudolfinerhauses unterstützt haben. Ich engagiere mich deshalb und weil ich Wienerin bin. Es darf keinen Stillstand geben – das Gelände und die Gebäude gehören belebt. Gehen wir in die Zukunft und tun wir etwas für die junge Generation.

DI Werner Bartlmä / WSE Wiener Standortentwicklungs GmbH: Die WSE hat sich im Auftrag des Grundeigentümers (KAV) mit Nachnutzungsmöglichkeiten im Otto-Wagner-Spital beschäftigt. Ein Jahr lang haben wir in der Mediation darüber gesprochen und ein gewisses Einvernehmen für medizinische Nachnutzungen, Wohnen für Bedürftige etc. gefunden. Diese vereinbarten Nutzungen werden über alle Pavillons gelegt. Mit Nahversorgung, Kultur, Tourismus, Bildungseinrichtungen und den vielen in der Mediation erarbeiteten Nutzungen soll das Otto-Wagner-Spital mit neuem Leben gefüllt werden.

Wir haben uns die Gebäude gemeinsam mit dem Bundesdenkmalamt angesehen und geprüft, ob bauliche Veränderungen möglich sind. Schriftliche Statements dazu finden sich auf der Website der Mediation. Es dürfen an den Pavillons in der Kernzone an den äußeren Fassaden keine Veränderungen passieren. Es ist also mittlerweile bekannt, dass in der Pavillon-Zone keine baulichen Veränderungen kommen. Damit werden der bauliche Status und das Kulturdenkmal erhalten. Im „Inneren“ braucht es neues Leben mit verschiedenen Nutzungen. Dort dürfen bauliche Eingriffe stattfinden. Jetzt geht es darum, BetreiberInnen zu finden. Das ist die nächste große Herausforderung, die sich die Stadt Wien stellt.

DI Andreas Käfer / ExpertInnengremium: Betreffend Öffentlicher Verkehr: Bezüglich der Erschließung mit Öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu sagen, dass die Distanz von der Ostseite bis zur Endstelle der Buslinie 51A – als schneller Bus zur U4 – nur 100m (mit Umwegen 300m) darstellt. Diesbezüglich kann man von keiner schlechten Erschließung sprechen. - Es gibt Gebiete in Wien, die wesentlich schlechter erschlossen sind.

Gerüchte über einen neuen Bus sind mir nicht bekannt. Es ist davon auszugehen, dass wegen 100 oder 160 Wohnungen kein neuer Bus kommen wird, aber selbstverständlich kann man dies fordern. In dieser Tiefe kann das Thema heute nicht behandelt werden, aber wenn es zu einer Bebauung kommen sollte, haben wir noch Gelegenheit über das Thema Verkehr zu sprechen.

Als Mitglied des Expertengremiums ist mir bewusst, dass wir nicht hier wären, wenn es die Bürgerinitiative nicht gegeben hätte. Es war nicht einfach, die 9 Punkte zu finden, aber ich bin zuversichtlich, dass es am Ende des Tages eine gute Lösung gibt.

Gemeinderat Mag. Jürgen Czernohorszky: Die nächsten Schritte sind die Erstellung eines Konzeptes für die Nutzung auf Basis der 9 Punkte. Dafür benötigt es eine Betriebsgesellschaft. Im nächsten Quartal soll die Rückabwicklung des Verkaufs erfolgen.

Bezüglich der Frage, ob es genug Wohnungen gibt: Dies ist nicht der Fall. Wien ist stark wachsend. Jedenfalls wird es hier soziale Wohnungen geben, aber keine ausschließlich soziale Nutzung (wie etwa für betreute WGs oder Ähnliches). Keine Wohnnutzungen wäre ein politischer Knieschuss. In jedem Fall bekennen wir uns zu diesen 9 Punkten.

Gemeinderätin Dr.in Jennifer Kickert: Als Nächstes wird die politische und gesetzliche Absicherung der Ergebnisse durch 1) die Rückabwicklung des Verkaufs und 2) die Einleitung des Flächenwidmungsplanes passieren. Damit wird das, was jetzt laut Flächenwidmungsplan möglich wäre, auf den Vorschlag des Expertengremiums reduziert.

Eine ausschließlich soziale Nutzung kann nicht garantiert werden, da auch kulturelle Nutzungen, die Gedenkstätte, ev. universitäre Nutzungen wie ein Campus oder auch ein Kompetenzzentrum für psychosoziale Medizin möglich sein sollen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir Träger dafür finden.

Von meiner Seite gibt es keine Zustimmung zur partizipativen Erstellung des Nutzungskonzeptes, da die Grundlage für Nutzungen bereits partizipativ im Rahmen des Mediationsverfahrens erstellt wurde. Auf Basis dieser Ergebnisse soll das Areal-Management handeln. Der nächste Schritt nach den vorhin genannten zwei gesetzlichen/rechtlichen Absicherungen muss die Finanzierung zur Sanierung des Jugendstiltheaters ermöglichen. Der Verfall der Pavillons darf nicht weiter fortschreiten. Es gibt bereits einleitende Vorgespräche mit dem Büro des Kulturstadtrates.

Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner: Der erste wesentliche Schritt ist die Kaufrückabwicklung – damit können viele Sorgen genommen werden. Der zweite Schritt ist die Fixierung der Vorschläge des Expertengremiums im Flächenwidmungsplan. Bei den bestehenden Pavillons wird nichts dazu gebaut, auch keine Vordächer. Wir haben dem Antrag der ÖVP zugestimmt, da ich glaube, dass es notwendig ist, betreffend der Nachnutzung eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Ich glaube auch, dass man sich gut überlegen muss, wie möglichst breit beteiligt werden kann, damit im Sinne der Demokratie auch Menschen eine Chance haben mitzusprechen, die vielleicht anders denken.

Seitens des Bezirks wollen wir das Jugendstiltheater erhalten – ich werde persönlich dafür kämpfen. Betreffend öffentlicher Anbindung kann ich sagen, dass 2011 seitens des Bezirks schon der Antrag gestellt wurde, den Bus zu verstärken, um eine bessere öffentliche Anbindung zu erreichen. Wichtig ist mir auch das vorrangig ein Nachnutzungskonzept erstellt wird und die neun ExpertInnenpunkte umgesetzt werden sollen.

Ich möchte mich für Ihr heutiges Kommen bedanken. Nächste Woche können wir bereits aus der 1. Versammlung das Protokoll zusenden. Aufgrund des Vorwurfes bzgl. Datenschutz, haben wir diesmal nicht mehr nach den Adressen gefragt. Daher würde ich alle, die ein Protokoll der heutigen Versammlung möchten, darum bitten ein E-Mail an die Bezirksvorstehung zu schicken. Das Protokoll wird auch auf der Website der Bürgerinitiativen, auf der offiziellen Homepage des Bezirks und auf meiner privaten Website (www.kalchbrenner.at) veröffentlicht.

5 Fragen an die Stadt Wien

Bürgerversammlung 11.02.2014, 5 Fragen an die Stadt Wien:

1. **Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass die Aufgabenbeschreibung für das Testplanungsverfahren lautete „ Nutzungsreserven“, d.h. eventuelle Baulandreserven zu eruieren ?**
2. **Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass Nutzungs- bzw. Baulandreserven per Definition nicht dafür geeignet sind, im Vorfeld durch den Bau von Privatwohnungen aufgebraucht zu werden ?**
3. **Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass die angestrebte langfristig entwicklungsfähige Nachnutzung des Gesamtareals eben diese Baulandreserven benötigt ?**
4. **Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass im Rahmen des Testplanungsverfahrens durch die Architektenschaft ausschließlich nutzungsflexible Gebäudeformen geplant wurden?** Sowohl Punkt 1. Der Empfehlungen des Expertengremiums wie auch die Aufgabenbeschreibung zum Testplanungsverfahren weisen explizit darauf hin, dass neu zu errichtende Gebäude in funktionalem Zusammenhang mit dem Gesamtareal gesehen werden müssen.
5. **Ist sich die Stadt Wien dessen bewusst, dass daher zu allererst ein Gesamtnutzungskonzept mit Raumzuteilungen erfolgen muss, um diesen Anforderungen und der dahinter stehenden Logik gerecht zu werden ?**

Ich ersuche um mündliche und schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Christine Muchsel, BI Steinhof

Mail: christine.muchsel@aon.at

Fragen an:

MA 21, KAV, GESIBA mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung:

1. Warum sind nun doch zwischen Totenkapelle (Pathologie) und dem überdimensionalen VAMED Bau zwei der geplanten viergeschoßigen Wohntürme vorgesehen?

In den Sitzungen haben sich drei der sechs Architektenteams sowie die beigezogene Kunsthistorikerin Prof. Plakolm von der TU für ein Freihalten dieses sensiblen Bereichs von einer weiteren Verbauung ausgesprochen.

2. Das von den Architekten vorgeschlagene Bebauungsschema sieht als nördlichstes Objekt einen Bau mit kammförmigem Grundriss vor. Nach dem bereits 2012 verbücherten Teilungsplan, in dem der Osten („Wirtschaftsareal“) vom Reste der OWS Anlage abgetrennt wurde, liegt dieses Gebäude auf einem als Trennstück A8 bezeichneten Areal. Nach den Informationen aus der Mediation ist dieses Areal A8 nicht vom Vorkaufsrecht der GESIBA umfasst.

Was soll dieses Gebäude sein? Wie hoch ist es? Auf Grund der Hanglage würde hier ein viergeschossiger Bau alle Pavillons überragen. Der Bauplatz A8 trägt laut 2012 verbüchertem Teilungsplan die Widmung Grünland/Parkschutzgebiet. Die 2006 festgelegte besondere Bebauungsbestimmung BB9 führt diese Widmung allerdings ad absurdum, da sie für diesen Bauplatz eine Verbauung von 40% bei einer Traufenhöhe von 14m zulässt.

3. Frage: Stimmt es, dass dieses Areal A8 (siehe Punkt 2) nicht vom Vorkaufsrecht der GESIBA umfasst ist? Was soll in dieser Hanglage hier entstehen?

Derzeit befindet sich hier ein später hinzugekommener eingeschossiger Geräteschuppen, der dem Forstamt, der die Anlage betreut, zuzurechnen ist.

4. Ist seitens der GESIBA eine neue Bauplatzeinteilung vorgesehen, bzw gibt es diese bereits?

Dr. Johanna Kraft

BI Steinhof

johanna.kraft@chello.at